

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen - Gründung einer gemeinsamen Milchvermarktungsplattform vorantreiben

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Der deutsche Milchmarkt ist durch ein Marktungleichgewicht zugunsten des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) gekennzeichnet. Die Abnehmer EDEKA, REWE, REAL und die Schwarz Gruppe (LIDL und Kaufland) bündeln 85 % des Absatzes bei Molkereiprodukten. Ihnen stehen 149 milchverarbeitende Unternehmen und mehr als 77.000 Milcherzeuger gegenüber. Der LEH nutzt diese Marktmacht in den Preisverhandlungen mit den Molkereien aus. In der Folge sinken die Auszahlungspreise für die Milcherzeuger. Um hier Abhilfe zu schaffen und die Verhandlungsposition der Molkereien gegenüber dem Handel zu stärken, ist eine stärkere Bündelung der Verkaufsmengen über eine gemeinsame Milchvermarktungsplattform sinnvoll. Ein gemeinsames Handeln und Auftreten der Molkereien in den Kontraktverhandlungen mit dem LEH würde den tatsächlichen Milcherzeugungskosten der Landwirte besser als in der Vergangenheit Rechnung tragen und die bisherigen Tiefstpreise verhindern.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen des Runden Tisches „Milch“ unter dem Vorsitz Mecklenburg-Vorpommerns bei der Agrarministerkonferenz 2016 das Thema aufzurufen und dort gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bund sowie den weiteren Teilnehmern des Runden Tisches „Milch“ zu prüfen, inwieweit die Gründung einer gemeinsamen Milchvermarktungsplattform rechtlich möglich ist und erfolgversprechende Ansätze konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, über die Ergebnisse im Agrarausschuss zu berichten.

Vincent Kokert und Fraktion

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Begründung:

Aus verschiedenen Gründen war die Gründung einer Milchvermarktungsplattform unter den genossenschaftlichen Molkereien bisher nicht erkennbar. Hinzu kommt, dass seitens der Discounter, begünstigt durch die aktuelle Marktlage, ein erheblicher Druck auf die Anbieterseite (Molkereien) ausgeübt wird. Ein Ende der prekären Lage für die Anbieterseite ist nicht abzusehen.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, die Molkereien stärker in die Verantwortung zu nehmen, ihre kartellrechtlichen Möglichkeiten gegenüber dem LEH auszuschöpfen und so ihren Auftrag gegenüber ihren Lieferanten und Eigentümern gerecht zu werden und deren Existenz nachhaltig zu sichern. Die Politik soll hierzu den Rahmen bieten, die Vertreter der Molkereien und Milchwirtschaft zu Gesprächen einzuladen, um einen Impuls zur Lösung der derzeitigen Milchpreiskrise zu geben. Hinzu kommt, dass auch der Deutsche Bauernverband die Bildung eines Verkaufskontors im Trinkmilchbereich angeregt hat.